

Ungleichheit und Demokratie:

Was ökonomische Ungleichheit mit dem Vertrauen
in die Demokratie zu tun hat

4. März 2020

Ausgangslage

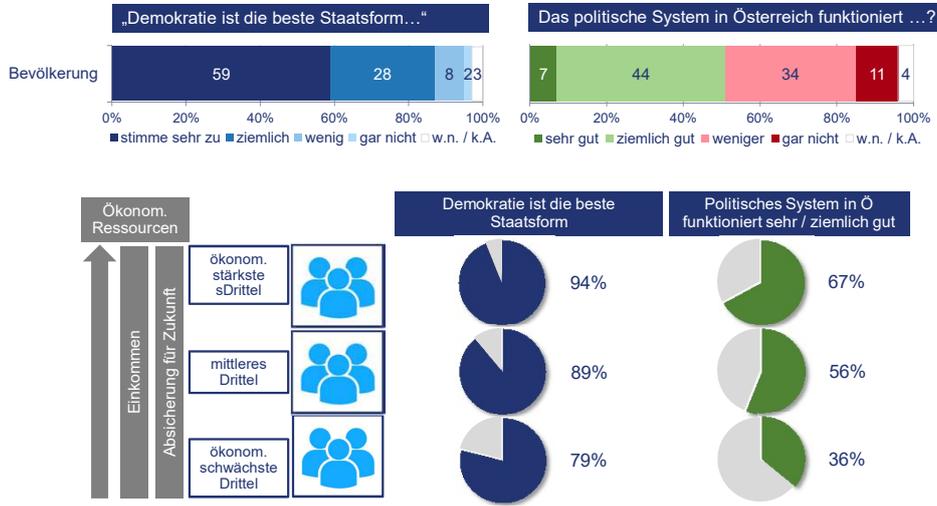
Eine **funktionierende Demokratie** braucht BürgerInnen, die demokratische Grundhaltungen teilen und sich an politischen Prozessen beteiligen.

Für die **Qualität einer Demokratie** ist wichtig, dass sich Menschen aus allen gesellschaftlichen Gruppen in ähnlichem Ausmaß beteiligen (können).

Entwicklungen der letzten Jahrzehnte:

- Anstieg ökonomischer Ungleichheit
- Prekarisierung von Erwerbsarbeit
- Zugang zu sozialer Sicherung erschwert & Höhe reduziert
- Individualisierung sozialer Strukturen

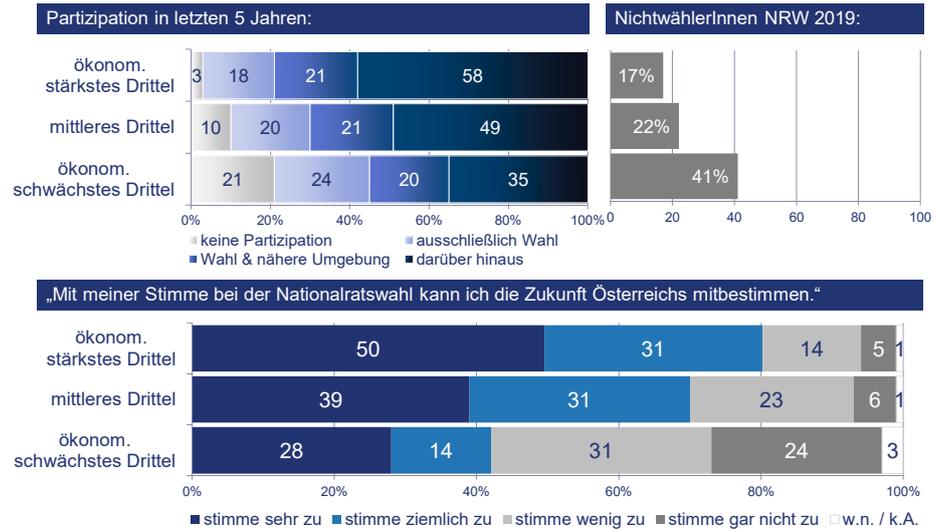
Vertrauen in die Demokratie



Quelle: SORA Österreichischer Demokratie Monitor 2019.

3

Politische Partizipation



Quelle: SORA Österreichischer Demokratie Monitor 2019.

4

Fazit

Ökonomische Ungleichheit

- drückt auf das Vertrauen in die Demokratie
- behindert politische Partizipation

Zählt meine Stimme?

- für u.a. Deutschland bereits nachgewiesen: politische Entscheidungen entsprechen allen voran den Meinungen der einkommensstärkeren Gruppen

Ist Österreich auf dem Weg in eine Zwei-Drittel-Demokratie, in der sich das ökonomisch schwächste Drittel immer weniger am politischen Prozess beteiligt?

5

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Martina Zandonella
mz@sora.at
Tel.: 01/585 33 44

6

Quellen

Der **Demokratie Monitor** erhebt die Einstellungen der Menschen in Österreich zur Demokratie und ihre Beteiligung seit 2018 einmal pro Jahr. Datengrundlage ist eine jährliche, repräsentative Bevölkerungsumfrage unter Menschen ab 16 Jahren mit Wohnsitz in Österreich.

Demokratie Monitor 2019:

- Grundgesamtheit: Menschen ab 16 Jahren mit Wohnsitz in Österreich
- Stichprobe: n=2.185, darunter n=376 16- bis 26-Jährige
- Erhebungsmethode: Telefon- & Online-Interviews (Jaksch & Partner)
- Erhebungszeitraum: August und September 2019
- maximale Schwankungsbreite: +/- 2,1% für n=2.185

Elsässer, Lea / Hense, Svenja / Schäfer, Armin (2017): „Dem Deutschen Volke“? Die ungleiche Responsivität des Bundestags. Zeitschrift für Politikwissenschaft, 27, 161-180.
